

Fasce

Stadtratsfraktion Nürnberg

Grüne

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Rathausplatz 2 - 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Ulrich Maly  
Rathaus  
90403 Nürnberg

Rathausplatz 2  
90403 Nürnberg  
Telefon: 0911/231-5091  
Telefax: 0911/231-2930  
e-Mail: [gruene@stadt.nuernberg.de](mailto:gruene@stadt.nuernberg.de)  
Internet: [www.gruehe-stadtratsfraktion.nuernberg.de](http://www.gruehe-stadtratsfraktion.nuernberg.de)

STR

<b>OBERBÜRGERMEISTER</b>		
1 4. NOV. 2007 / ..... Nr. ....		
3. BM	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2 Zur A.v.V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen

Kopie N-ERGIE

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)  
U-Bahn: Linie 1, 11 (Lorenzkirche)

14.11.2007

**Aufruf des Klima-Bündnisses der Städte zu den Planungen für Kohlekraftwerke in Deutschland und für effiziente Stromnutzung und erneuerbare Energien**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 28.09.2007 fand in Rostock die Siebte Kommunale Klimaschutz-Konferenz statt. Bei der Konferenz wurde von den Vertretern der Mitgliedskommunen des Klimabündnisses ein Positionspapier zur Klimaschutzpolitik in Deutschland (s. Anlage) erarbeitet. Es beinhaltet folgende Kernaussagen: Verzicht auf neue Kohlekraftwerke, neue Großkraftwerke nur mehr mit Kraft-Wärme-Kopplung, Ausbau der erneuerbaren Energien und größere Bemühungen zur Energieeinsparung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine langfristige Energieversorgungsstrategie zum Umstieg auf klimaverträgliche Stromerzeugungsarten zu entwickeln und dafür notwendige rechtliche Grundlagen zu schaffen. Auf lokaler Ebene sollen alle Möglichkeiten für mehr Klimaschutz genutzt werden. Die Mitgliedsstädte des Klima-Bündnisses werden aufgerufen, das Positionspapier zu unterzeichnen.

Wir beantragen, dass die Stadt Nürnberg als langjähriges und aktives Mitglied des Klima-Bündnisses der europäischen Städte den Aufruf unterzeichnet. Weiter beantragen wir, dass der Energieversorger N-ERGIE – an dem die Stadt Nürnberg zu rund 60 Prozent beteiligt ist - im Stadtrat über die Pläne zum Ausbau der Eigenstromerzeugung berichtet und der Nürnberger Stadtrat sich gegen die Beteiligung der N-ERGIE an neuen Kohlekraftwerken ausspricht.

Antrag zur Behandlung im Stadtrat:

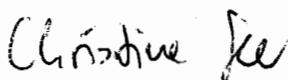
100 % Recycling-Papier



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

1. Die Stadt Nürnberg unterzeichnet den Aufruf der Siebten Kommunalen Klimaschutz-Konferenz, verabschiedet am 28.09.2007 in Rostock.
2. Die N-ERGIE berichtet dem Stadtrat über den aktuellen Stand der Pläne zum Ausbau der Eigenstromerzeugung.
3. Der Stadtrat beschließt, dass sich die N-ERGIE an keinen neuen Kohlekraftwerken beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen



Christine Seer  
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Grüne

# Position der Mitgliedskommunen im Klima-Bündnis zu den Planungen von Kohlekraftwerken in Deutschland – Aufruf für effiziente Stromnutzung und erneuerbare Energien

## 1. Situation

In Deutschland werden aktuell mehr als 20 neue Kohle-Großkraftwerke (Braunkohle und v.a. Steinkohle) mit zusammen mehr als 25.000 Megawatt Leistung geplant. Nur in den allerwenigsten Fällen soll die Effizienz der Brennstoffausnutzung durch Wärmeauskopplung gegenüber der reinen Stromerzeugung in Kondensation wesentlich verbessert werden. Kraft-Wärme-Kopplung wird zumeist nicht geplant und wenn, dann meist nur im bisher schon vorhandenen Umfang. Durch den Verzicht auf Kraft-Wärme-Kopplung wird der Brennstoff ineffizient genutzt. Nach den bisherigen Planungen könnten die jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen damit in Deutschland um bis zu 120 Millionen Tonnen steigen. Die Wirkungen auf das Klima treffen vor allem auch unsere indigenen Partner in Amazonien.

Die Bundesregierung vertraut in ihrem Eckpunktepapier für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm darauf, dass die im Zuteilungsgesetz deutlich gesenkten Obergrenzen für die Emissionen von Kohlendioxid gewährleistet, dass die nationalen Klimaschutzziele eingehalten werden. Sie verweist darauf, dass der nationale Mix der Energieträger nicht durch die Bundesregierung festgelegt werde, sondern das Ergebnis der Entscheidungen der verantwortlichen Akteure auf Grundlage der nationalen und europäischen Rahmenbedingungen sei.

Es fehlen ein klares Bedarfskonzept und ein Rahmenplan für die sinnvolle und notwendige klimaverträgliche Entwicklung des Kraftwerksbestands in Deutschland, so dass die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmen nicht den volkswirtschaftlichen Erfordernissen gerecht werden (können). Der stattfindende Konzentrationsprozess in der Stromwirtschaft begünstigt den Aufbau großer Kraftwerkskomplexe ohne Kraft-Wärme-Kopplung.

## 2. Lösungsansätze

Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz ist ein langfristiges Konzept auf Bundesebene für den Bedarf an Kraftwerksleistung erforderlich. Die Prognosen über mögliche Entwicklungen und das Vertrauen auf die Mechanismen des Emissionshandels reichen hierbei nicht, es muss auf die anerkannten Ziele aktiv hin gearbeitet werden. Das Klimapaket der Bundesregierung gibt hierzu keine Konkretisierung. Die neuen Kohlekraftwerke sind durchaus effizienter als ältere Anlagen. Für eine zukunftsweisende und sichere Energieversorgung reicht dies allerdings nicht aus. Das langfristige Ziel einer CO<sub>2</sub>-neutralen Stromerzeugung muss durch begrenzende und flankierende Maßnahmen unterstützt und in einem kontinuierlichen Prozess angestrebt werden.

Erdgaskraftwerke haben nur halb so hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen, dies gilt für große Gas- und Dampfkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung und für dezentrale Erdgas-Blockheizkraftwerke. Die Rahmenbedingungen sollten daher auch weiterhin eine wirtschaftliche Stromerzeugung ermöglichen.

Neue Stromerzeugungsanlagen sollten zunehmend aus erneuerbaren Energien gespeist werden, z.B. aus Windkraftanlagen, Biomasseheizkraftwerken, aus Wasserkraft und Solarenergie. Mit der effizienten Nutzung erneuerbarer Energien sinken die CO<sub>2</sub>-Emissionen fast auf Null. Darüber hinaus werden



CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

Europäische Geschäftsstelle  
Galvanistr. 28  
D-60486 Frankfurt am Main  
Fon +49-69-717139-0  
Fax +49-69-717139-93  
europe@klimabuendnis.org  
www.klimabuendnis.org

Kraftwerke mit regenerativen Energien überwiegend dezentral gebaut und fördern die regionale Wirtschaft; die Wertschöpfung bleibt also in der Region.

### **3. Aufruf der unterzeichnenden Kommunen im Klima-Bündnis**

Die unterzeichnenden Städte fordern die Entwicklung einer langfristigen Energieversorgungsstrategie der Bundesregierung zum Umstieg auf klimaverträgliche Stromerzeugungsarten. Dies kann durch verbindliche Vereinbarungen ergänzt werden, die mit Fristen für die Nutzung fossil befeuerter Kraftwerke, Ausstiegszenarien entsprechend dem Atomkonsens, Festlegungen zu Effizienzwerten und grundsätzlicher Festlegung auf Kraft-Wärme-Kopplung verbunden sind. Neue thermische Kraftwerke dürfen nur als Kraft-Wärmegekoppelte Anlagen und nur dort gebaut werden, wo lokal oder regional der Absatz der erzeugten Wärme gewährleistet ist. Für neue Kohlekraftwerke dürfen keine zusätzlichen Emissionszertifikate zugeteilt werden.

Wir werden als Kommunen unsere lokalen Möglichkeiten nutzen, um den Ausbau vorhandener und den Aufbau neuer (Fern-) Wärmenetze mit Kraft-Wärme-Kopplung, den Bau von Blockheizkraftwerken, den Bau von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in unseren Kommunen und Regionen zu propagieren, zu fördern oder in eigener Regie zu realisieren. Wir werden uns dafür einsetzen, durch Stromsparprogramme den Strombedarf zu mindern und die effiziente Nutzung von Strom zu fördern. Dafür muss die Bundesregierung geeignete Rahmenbedingungen schaffen.

Wir rufen zugleich die Bundesregierung auf, durch die Änderung diesbezüglicher Gesetze, wie der Energieeinsparverordnung, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes und durch Einführung neuer Instrumente, wie z.B. einem Energieeffizienzfonds, die Aktivitäten der Kommunen bzw. der lokalen Bürgerschaft und Wirtschaft zu unterstützen. Auf lokaler oder regionaler Ebene soll die Brennstoffausnutzung durch Einbeziehung aller Energieverbraucher, auch der Unternehmen, in Wärmeverbundnetze wesentlich gesteigert werden.

Wir rufen die Bundesregierung auf, das Planungs- und Genehmigungsrecht dahingehend zu ändern, dass neue thermische Kraftwerke, die Wärme in elektrische Energie umwandeln, nur dann errichtet werden dürfen, wenn eine effiziente Brennstoffausnutzung durch Nutzung der anfallenden (Ab-)Wärme gewährleistet ist.

Die Bundesländer werden aufgerufen, die Städte und Gemeinden in ihren Aktivitäten für den Klimaschutz zu unterstützen.

Unterzeichner:

Verabschiedet auf der Siebten Kommunalen Klimaschutz-Konferenz am 28. September 2007 in Rostock.

Die Mitgliedsstädte des Klima-Bündnis werden aufgerufen, dieses Positionspapier zu unterzeichnen.

Sie werden gebeten, diesen Aufruf gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden und den politischen Parteien auf Landes- und Bundesebene zu vertreten.



CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

Europäische Geschäftsstelle  
Galvanistr. 28  
D-60486 Frankfurt am Main  
Fon +49-69-717139-0  
Fax +49-69-717139-93  
europe@klimabuendnis.org  
www.klimabuendnis.org